



Pressemitteilung

Northeim, 3. September 2007

Jugendhilfeplanung intensivieren Kontinuierliche Entwicklung notwendiger Maßnahmen erforderlich

Northeim. Angesichts fortschreitender gesellschaftlicher Veränderungen fordert die SPD-Fraktion im Northeimer Kreistag eine kontinuierliche Fortsetzung des Prozesses der Jugendhilfeplanung, um gemeinsam mit allen an Maßnahmen von Jugendhilfe und Jugendpflege im Landkreis Northeim Beteiligten eine zielorientierte Jugendarbeit fortsetzen zu können.

Eine Hauptaufgabe der Jugendhilfe ist die Sicherung von positiven Lebensbedingungen für Kinder, Jugendliche und Familien. Ein Steuerungsmittel ist dabei die Jugendhilfeplanung. Sie ist das zentrale Element zur Schaffung von bedarfsgerechten und aufeinander abgestimmten Jugendhilfeleistungen und in § 80 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) zwingend vorgesehen.

Für die SPD im Landkreis Northeim erklärt Kreistagsabgeordneter Peter Traupe (Einbeck), dass diese Vorschrift unter anderem fordert, dass der Jugendhilfeträger im Rahmen seiner Planungsverantwortung den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln hat. Dazu ist der Bedarf an Einrichtungen und Diensten festzustellen; dabei sind die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen und Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann.

Dass die Jugendhilfeträger (also in diesem Fall der Landkreis Northeim) auch nach gängigen Kommentierungen des Sozialgesetzbuches zur Wahrnehmung dieser Aufgabe verpflichtet ist, darauf weist der Kreistagsabgeordnete Simon Hartmann (Northeim) hin.

Peter Traupe ruft in Erinnerung, dass die Jugendhilfeplanung im Landkreis Northeim seit Ende der neunziger Jahre intensiv und ernsthaft vorangetrieben wurde. In den gebildeten Sozialräumen sind gute Projekte wie das Familienzentrum in Bodenfelde, das Mehr-Generationenhaus in Uslar oder eine Schulhofgestaltung in Echte erörtert, vorbereitet und umgesetzt worden. In anderen Sozialräumen sind Ideen entwickelt worden.

- 2 -

Besorgniserregend, so Traupe, der Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses im Landkreis Northeim ist, dass in den letzten Jahren Problemlagen wie Teenagerschwangerschaften, Kinderarmut, Schulverweigerung und vermehrte Unterrichtsausschlüsse, Gewalt und Missbrauch in der Familie, zunehmender Alkohol-, Drogen- und Medikamentenabusus, Rechtsextremismus und Andere hinzugekommen sind. Insofern stellt Jugendhilfeplanung auch eine aktive präventive Maßnahme dar.

Diese Themen bedürfen im Interesse der Betroffenen und im Hinblick auf die zunehmend steigenden staatlichen Ausgaben als Reaktion auf diese Tatsachen dringend einer Bearbeitung, betont auch der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Martin Wehner. Er fordert eine gemeinsame Handlungslinie der öffentlichen Jugendhilfe und der Träger der freien Jugendhilfe. Dazu gehört auch die Förderung des Engagements der vielen ehrenamtlich in der Jugend- und Sozialarbeit Tätigen durch fundierte inhaltliche Unterstützung. Deshalb bietet Wehner insbesondere den in den Jugendringen organisierten ehrenamtlich Tätigen einen ständigen Austausch mit den politischen Entscheidungsträgern an. Gleichzeitig sichert er auch Allen in anderen Bereichen ehrenamtlich Tätigen die volle Unterstützung der Kreistagsmehrheit zu.

Vor diesem Hintergrund sind eine Intensivierung dieses gesetzlichen Auftrages und eine professionelle Begleitung durch die Verwaltung des Jugendamtes erforderlich.

Die SPD-Kreistagsfraktion hat deshalb gemeinsam mit ihrem Gruppenpartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem Antrag Landrat Michael Wickmann (SPD) gebeten, den Prozess der Jugendhilfeplanung zu intensivieren. Zunächst sollen die in den Sozialräumen teilweise begonnenen Prozesse abgeschlossen werden, um sodann unverzüglich oder auch gleichzeitig mit der Bearbeitung der in den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses am 30.1.2007 und 14.5.2007 beschlossenen weiteren Themen zu beginnen.

Peter Traupe betont, dass es mit der SPD keine Kürzungen der Unterstützung insbesondere der im Bereich der Freiwilligkeit tätigen Ehrenamtlichen geben wird. Auch die in den letzten Jahren von der Kreistagsopposition immer wieder ins Gespräch gebrachte Kürzung der Zuschüsse für die Gemeindejugendpfleger wird es mit der Kreistagsmehrheit nicht geben, betont der SPD-Fraktionsvorsitzende Martin Wehner.